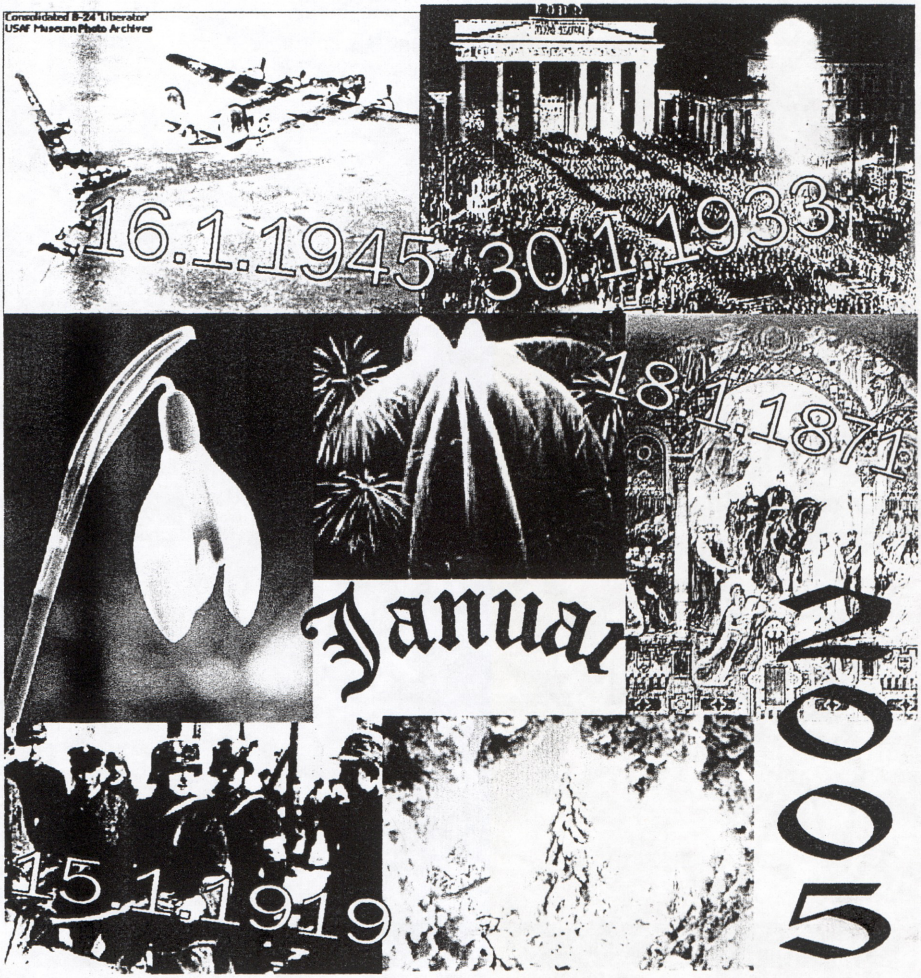
Ausgabe 1/ 2005 Nummer 19 Spendenpreis

Mitteldeutsches Sprachrohr

Jugend - und Schülerzeitung für Thüringen



Die Stimme gegen gesellschaftliche und schulische Mißstände

Vorwort

Liebe Leser !

Auch im neuen Jahr wünschen wir allen Lesern unserer Schülerzeitschrift viel Erfolg in Schule und Beruf und natürlich im privaten Bereich. Was erwartet uns 2005? Jedem einzelnen von Euch sei gesagt, daß e natürlich auf keinen Fall leichter wird, diesem System die Stirn zu bieten. Mit welchen Möglichkeiten man allerdings trotzdem antreten kann, erfahrt Ihr unter anderem in diesem Heft. Desweiteren sei daran erinnert, daß 2005 das Schillerjahr ist. Also beachtet diese Tatsache ruhig einmal bei Euren Stammtischen, Vortragsabenden oder anderen Gelegenheiten. Ansonsten wird das „Sprachrohr" wie bisher ein Stachel im Fleisch des Systems bleiben und Euch die Treue halten. Bis dahin

Eure Sprachrohr-Redax

Post:
Mitteldeutsches Sprachrohr
Postfach 100 119
07701 Jena

ePost:
mitteldt-sprachrohr@lycos.de

Telefon:
Tel.: 0173/8084240

Impressum & Inhaltsverzeichnis

Herausgeber: Jugendinitiative „Jugend für Jena" und Schülerinitiative
Redaktion: Die Redaktion besteht aus Schülern verschiedener Jenaer Schulen und die Namen sind der Redaktionsvorsitzenden, Anja Kramer, bekannt.
Für namentlich gekennzeichnete Artikel ist der Verfasser allein verantwortlich, sämtlich zu erreichen über unsere Redaktionsanschrift.
Druck: Eigendruck
Erscheinung: Das Mitteldeutsche Sprachrohr erscheint monatlich.
19. Auflage Januar 2005
V.i.S.d.P.: Anja Kramer , Mitteldeutsches Sprachrohr, Postfach 100 119, 07701 Jena
Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderer als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf deshalb der vorherigen schriftlichen Einwilligung der Redaktion.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles (Überblick)	Seite 4
Rätsel	Seite 12
Anmerkungen zum Monat (Dezember)	Seite 13
Die Zünfte - Handwerkerorganisationen als Grundfeste (III)	Seite 14
Pommern - fast vergessenes Ostseeland !	Seite 19
Anmerkungen zum Monat (Januar)	Seite 23
Im K(r)ampf gegen rechts!	Seite 24
Anzeigen	Seite 30
Letzte Seite	Seite 32

Anstatt eines Rückblickes

Für gewöhnlich beinhalten Zeitschriften in ihrer ersten Ausgabe des neuen Jahres entweder einen Jahresrückblick oder die besten Wünsche an die Leserschaft für die kommenden zwölf Monate. Aber nicht bei uns. Nicht, dass wir für unsere Leser für das nun angebrochene Jahr keine guten Wünsche übrig haben. Nein, vielmehr ist die Vorahnung, dass es mit diesem Land und den hier wohnenden Menschen steil bergab geht, der Grund für unsere Zurückhaltung bei den wohlgefälligen und zum Ritual erstarrten Neujahrsgrüßen. Freilich wird der ein oder andere jetzt sagen, man solle nicht alles so pessimistisch sehen, doch ein Blick auf die derzeitige politisch-kulturelle-wirtschaftliche Situation in Deutschland lässt so etwas wie Hoffnung leider nicht aufkeimen. Im Gegenteil: Allein die Vorstellung, in den Medien sehen zu müssen, wie die Herren Oberen am kommenden 8.Mai den sechzigsten Jahrestag der deutschen Niederlage und die Ermordung hunderttausender Zivilisten im letzten Krieg als Befreiung feiern werden, lässt einen kotzübel werden. Oder die wahnwitzige Idee, die Türken in die EU aufnehmen zu wollen. Was da die europäischen Regierungschefs im letzten Jahr beschlossen haben, soll jetzt weiter vorangetrieben werden, natürlich ohne daran zu denken, dass deutsche Volk über dieses Vorhaben auch nur einmal abstimmen zu lassen. Da wird von den Herren Demokraten des Bundestages kräftig nebenberuflich abkassiert, weil ihnen die knapp 8.000 € monatliche Diäten anscheinend nicht ausreichen, und nebenbei vergessen sie nicht, den deutschen Normalbürger dazu zu zwingen, immer bitterere (Armuts-)Pillen zu schlucken (Stichwort Hartz IV). In München trauert man dem „Modeschöpfer" Rudolf Mooshammer hinterher, der vor wenigen Tagen ermordet in seiner Wohnung aufgefunden wurde und lobt allerorts sein soziales Engagement. Vielleicht meint man ja damit sein körperliches Interesse an schwulen Knaben vom Hauptbahnhof, denen er durch seine Bezahlung den Drogenkonsum sicherte. Wahrlich ein klasse Kerl. Und während in München die Schickeria trauert, feiern Multi-Kulti-Ideologen die erste deutschenfreie Schule der bundesdeutschen Hauptstadt. Doch auch in unseren mitteldeutschen Gefilden kann einem die Galle hochkommen. Im thüringischen Schleusingen übt man sich wieder mal im Aufstand gegen rechts. Der dortige Bürgermeister drohte sämtlichen Vereinen mit dem Entzug finanzieller Mittel, wenn sich unter den Mitgliedern Rechte befinden sollten. Wer sich dazu zählen darf und wer nicht, ist scheinbar Ansichtssache des Stadtobersten. In Jena untersuchte man während eines Projektes die Beschneidung der Frauen in Afrika und stellte fest, dass man solchen kulturellen Eigenarten toleranter gegenüber stehen sollte. Würde man die dortigen Schüler über die christlich-abendländische Kultur befragen, so kann man mit Sicherheit

davon ausgehen, dass man nur verdutzte dumme Kindergesichter erblicken würde. Apropos Dummheit: Betrachtet man sich den durchschnittlichen Bundesbürger, so kann man feststellen wie weit die gezielte Verblödung hierzulande vorangeschritten ist: Erwachsene Menschen, die meinen, sich amerikanische Schlagballmützen aufsetzen zu müssen, asoziale Jugendliche, deren liebstes Kleidungsstück die Sporthose zu sein scheint, gleich dem immigrierten Ghetto-Türken von nebenan, dessen „kanaksprak" man als vermeintlich „cool" nachplappert und junge weiße Mütter, die voller Stolz und Selbstverständnis kleine Negerkinder vor sich herschieben. Und alle zusammen befinden sie sich im Kampf gegen Neonazis, auch wenn sie gar nicht wissen, was das ist, bzw. wie man das schreibt. Auch im Ausland gibt es nichts Neues: Die USA haben die Suche nach irakischen Massenvernichtungswaffen vor kurzem offiziell eingestellt - ohne auch nur die kleinste Menge dergleichen zu finden. Dass das der Hauptgrund für den völkerrechtswidrigen Angriff auf den Irak war, scheint die Weltöffentlichkeit nicht mehr zu interessieren. Ebenso wenig wie das Vorgehen der israelischen Krummnasen gegen die Palästinenser in deren eigenem Land. Hauptsache alle zusammen schimpfen auf den bösen russischen Kreml-Chef Putin, weil dieser den größten Ölkonzern Jukos zuschlagen ließ und nur so eine Ausbeutung der russischen Ölreserven durch jüdisch-amerikanische Firmen verhindern konnte, an die der Jukos - Konzern großzügige Förderrechte verkaufen wollte. Eine der wenigen positiven Sachen im vergangenen Jahr war die Reaktion unserer holländischen Nachbarn auf die Ermordung des islamkritischen Filmemachers van Gogh durch einen dort lebenden Ausländer. Sie zeigt, dass man auch nach jahrelangem liberalem Toleranzgesäusel seitens der herrschenden Klasse ganz genau weiss, wer zum Volk gehört und wer Fremdkörper ist und bleibt.

„Kanak-Sprak" nicht mehr nötig - Hürriyet überall in Deutschland!

Bei einem Ausrutscher indes können wir uns ein Schmunzeln nicht verbergen: Der Auftritt des britischen Prinzen Harry im selbst gebastelten NS-Hemd inklusive passender Armbinde, der ihm den Namen Nazi-Harry einbrachte. Umso mehr, weil es die englische Königsfamilie betrifft, welche vor langer Zeit den Namen „Sachsen-Coburg-Weimar" in „Windsor" wandelte, um die deutsche Herkunft zu verschleiern. Wie jetzt zu vernehmen war, will sein Vater nun dafür sorgen, dass

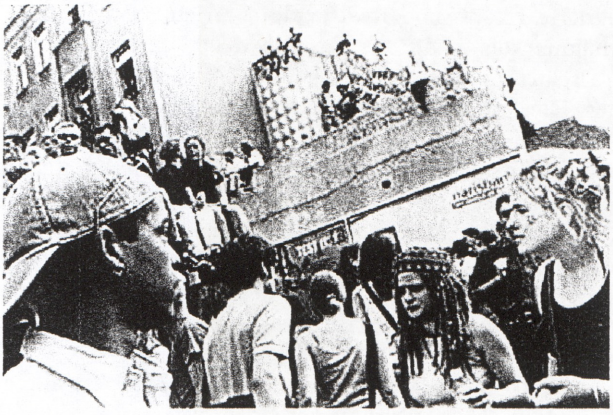
sich der Thronfolger das Lager Auschwitz zu Gemüte führt und sein Verhalten überdenkt. Ob das von Erfolg gekrönt ist, darf bezweifelt werden. Schließlich mussten auch wir, die Schreiberlinge dieses Heftes, sämtliche Jammerveranstaltungen á la „der Holocaust ist einzigartig", usw. des BRD-Regimes beiwohnen. Genützt hat es letztendlich nichts. In diesem Sinne wünschen wir Euch, dass ihr standhaft bleibt, erkennt wer unsere Feinde sind und mit uns dieses Jahr irgendwie übersteht.

Erste deutschenfreie Schule in Berlin-Kreuzberg

Berlin-Kreuzberg: Was rote und grüne Multikultistrategen sich schon immer gewünscht haben, ist in Berlin-Kreuzberg erstmals Tatsache geworden. Eine ganze Schule ohne auch nur einen einzigen deutschen Schüler! Bei diesem nunmehr hundertprozentig vollkommenen multikulturellen Bildungsinstitut handelt es sich um die Eberhard-Klein-Oberschule in der Skalitzer Straße von Kreuzberg. Lediglich ein Teil der Lehrer ist noch deutscher Herkunft. Resignierend erklärte die Geographie-Lehrerin Gabriele Heinze gegenüber der BERLINER MORGENPOST, daß an dieser Schule „wir Lehrer die Ausländer" sind. Die letzten vier (!) deutschen Kinder sind mit dem Ende des vergangenen Schuljahres abgegangen.

Auch sonst sieht die Zukunft für deutsche Schüler an dieser Schule nicht rosig aus. Bekümmert stellte Schuldirektor Bernd Böttig gegenüber der Presse fest, daß es auch künftig keine deutschen Schüler mehr an der Eberhard-Klein-Schule in Kreuzberg geben werde. „Selbst wenn ich die Schule vergolden lassen würde", meint der Schulleiter. Doch damit nicht genug, er geht sogar noch um einen Schritt weiter. So erklärte er in der BERLINER MORGENPOST gestern, daß er die Aufnahme von deutschen Schülern an seiner Schule pädagogisch nicht mehr verantworten könne und das er mittlerweile sogar deutschen Eltern davon abrate, ihre Kinder an dieser Schule unterzubringen. In der Vergangenheit kam es sogar nicht selten vor, daß einige deutsche Eltern ihre Kinder unmittelbar nach der Begrüßungsfeier wieder abmeldeten, nachdem sie sich von den Segnungen multikultureller Bildungsarbeit überzeugen konnten. Derzeit gehen an die Eberhard-Klein-Schule 342 Schüler, 80 Prozent davon Türken, 15 Prozent Araber und der Rest Albaner, Jugoslawen, Afrikaner und Vietnamesen. Der Bildungsstand ist entsprechend. In der BERLINER MORGENPOST heißt es über eine Erdkundestunde, bei der die Journalisten offenbar selber hospitieren konnten u. a.:

„Eberhard-Klein-Oberschule, Mittwoch, 5. Stunde. Auf dem Plan der 7. Klasse steht Erdkunde. Die Schüler sollen einen Text vom Arbeitsblatt abschreiben. Aber Hassan schreibt nicht mehr, er ist wütend. In lautstarkem Türkisch herrscht er seine Nachbarin Ayse an. Die giftet zurück. ‚Hassan', ermahnt Lehrerin Gabriele Heinze, ‚du bist an einer deutschen Schule, also redest du auch Deutsch!' Hassan starrt auf sein Arbeitsblatt und zischt noch ein paar Sätze Richtung Lehrertisch hinterher - auf Türkisch. Daß es nichts Versöhnliches war, kann sich Gabriele Heinze denken. Verstehen kann sie die Muttersprache ihrer Schüler nicht. Beim Erdkundetest, den sie heute in der 7. Klasse zurückgegeben hat, ist keine Arbeit besser als Fünf ausgefallen. Aus einer Reihe vorgegebener Worte mußten die Schüler Satzlücken mit den richtigen Begriffen füllen. Mohammed hat es zumindest versucht. ‚Wichtiger Bodenschatz in der Nordsee ist Taiga', hat er eingetragen. Dabei sei diese Siebte ‚schon ein guter Jahrgang', sagt Gabriele Heinze. ‚Vor allem sind alle bemüht.' Ihre Chancen auf Schulerfolg stehen dennoch schlecht, da macht sich die Lehrerin keine Illusionen: ‚Außerhalb des Unterrichts sprechen diese Schüler so gut wie kein deutsches Wort mehr, und ihre Erfahrungswelt endet am Kottbusser Tor.'..."



Berlin-Kreuzberg - für Deutschland scheint es verloren...

Ähnliche Töne kann man auch in der NETZZEITUNG hören: „...«Bei vielen Schülern ist die deutsche Sprache nur sehr rudimentär ausgebildet. Es kommt durchaus vor, dass Kinder bis auf den Unterricht in der Schule den ganzen Tag nur türkisch oder ihre jeweilige Muttersprache sprechen. Kein Wunder, dass dann schon Probleme bei der Aufgabenstellung aufkommen», sagt der Lehrer Hagen Gaukler. Er unterrichtet Mathematik und Erdkunde. Zum Glück nicht Deutsch, wie er sagt. In der Pause haben die Lehrer es schwer, die Halbstarken auf dem Schulhof unter Kontrolle zu halten. ..."

Noch in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts galt die Eberhard-Klein noch als Vorzeigeschule, die man seinerzeit „für 36 Millionen Mark als ein architektonisches Glanzlicht der internationalen Bau-Austellung mit Werkstätten, Bibliothek und Fachräumen hergerichtet“ hatte. 1995 macht man aus ihr die erste integrierte Haupt- und Realschule der Hauptstadt in der die Schülerklassen im Verhältnis von 50:50 aus Deutschen und Ausländern gebildet wurden. Einige Jahre später fiel diese Quote jedoch politisch korrekten Bildungspolitikern zum Opfer. Die Folge Abstieg und ein rasanter Exodus der deutschen Schüler sowie ein babylonisches Sprachenwirrwarr, dem die Lehrerschaft kaum noch Herr wird. Schon jetzt denkt die Schulleitung über ein Schulprogramm mit anderen Sprachförderkonzepten nach, damit die Schüler auch eine Chance in der Gesellschaft bekommen, wie Schuldirektor Böttig meint, aber ob Konzepte hier noch etwas bringen? Bereits im vergangenen Jahr meinte der türkische Lehrer Sadettin Birkan, daß das Sprachniveau an der deutsch-türkischen Schule besser sei, als an der Eberhard-Klein-Schule in Berlin-Kreuzberg. Eine Meinung über die man nachdenken sollte.
Die Entwicklung an der Eberhard-Klein-Schule war allerdings durchaus vorhersehbar. Bereits im vergangenen Jahr klagte Konrektor Joachim Klein in der KREUZBERGER CHRONIK: »Vor zehn Jahren bestand die Hälfte unserer Schüler noch aus Deutschen. Heute haben wir einen Ausländeranteil von fast 95 Prozent«. Gleichzeitig betonte er, daß Kreuzberg längst nicht mehr „der heimselige Hort einer Multikulti-Gesellschaft“ sei, „wo das Fremde als pittoreske Erscheinung empfunden wird“. Schuld hat natürlich in erster Linie die Politik und so verwundert es nicht, wenn Klein dem schon damals offen Ausdruck gab: „Die Politiker haben die Ghettobildung zugelassen, und die Lehrer stehen nun auf verlorenem Posten“. Und wie soll es weitergehen? Keine Ahnung. Der türkische Lehrer Musa Özdemir schlug im vergangenen Jahr vor, der Ghettobildung dadurch vorzubeugen, indem man die Kreuzberger Schulen mit denen von Friedrichshain vermischt. Ob das aber was bringt? Wir fürchten, daß man dadurch eher ein Krebsgeschwür verbreitet, statt es einzudämmen.

Das Beispiel Eberhard-Klein-Schule in Kreuzberg dürfte exemplarisch dafür sein, was Deutschland noch bevorsteht, wenn es in der Ausländerpolitik nicht in absehbarer Zeit einen radikalen Schwenk gibt. Sonst wird es in nicht absehbarer Zeit dazu kommen, daß Stadtteile wie Kreuzberg – und dieser ist bei weitem keine Ausnahme in Berlin oder anderswo – politische Autonomie für sich beantragen.
Störtebeker-Netz (21.12.04)

Schönste Deutsche ist eine Türkin

Wie weit die „Verausländerung" der hiesigen Gesellschaft vorangeschritten ist, sieht man mittlerweile alltäglich: Letztes Jahr gewann der Film „Gegen die Wand" den deutschen Filmpreis, weil dieser die Lebenssituation der hier lebenden Türken so präzise dargestellt hat, die nichtdeutschen Spieler der hiesigen Bundesliga sind mittlerweile in der Mehrzahl, ganze Stadtviertel unserer westdeutschen Metropolen sind überbevölkert mit eingewanderten Türken und Negern und in unseren mitteldeutschen Städten und Dörfern machen sich immer mehr Russen breit. Jetzt konnte man in den Medien folgendes erfahren: die neue „Miss Deutschland 2005" ist eine Türkin. Sie ist 23 Jahre alt, Jura-Studentin in Köln und liebt den Bauchtanz. Sie wurde aus 2800 jungen Frauen ausgewählt und führt seit wenigen Wochen den genannten Titel. Dieser beinhaltet Preise im gesamtwert von 50.000 € sowie die Reise und Teilnahme bei der „Miss Universe-Wahl 2005" in Thailand.

Bewerbungskriterien waren u.a. das Alter (12-26 Jahren) und die deutsche Staatsangehörigkeit. Letztere gibt es seit dem rot-grünen Einbürgerungsgesetz ja förmlich hinterher geschmissen.

Dazu ist eigentlich nur eines anzumerken: Ein deutscher Ausweis ändert deren Farbe und Aussehen nicht. Sie sind keine Deutschen und können es auch nie werden, weil, ganz einfach gesagt, nur Deutscher ist, wer deutsche Eltern hat. Egal was die hiesigen Einbürgerungsfetischisten aus Politik und Wirtschaft in den Schulen und Medien tagtäglich uns und Euch vorlügen.

Dr. Paranoia oder wie man jemanden lehrt, das System zu hassen

„Schönen guten Tag, ich bin der Hetzer und ich hetze für mein Leben gern ... „ Wer kennt diese Zeile des Liedes einer bekannten deutschen Musikgruppe nicht? Sicherlich ist sie den meisten von Euch ein Begriff. Was aber neu sein dürfte, ist, dass es offenbar Anhänger der oben zitierten Kombo im BRD-Politapparat zu geben scheint, welche das Gesungene auch zu leben verstehen. So geschehen im vergangenen Jahr 2004. Nach Informationen des „Zweiten Deutschen Fernsehens" (ZDF) beschäftigte der Bundesnachrichtendienst (BND) im Kosovo einen Informanten, dessen ausschließliche Aufgabe darin bestand, ethnische Gruppen gegeneinander aufzuhetzen. Ziel des im Sold des freiesten Rechtsstaates (den es je auf deutschem Boden gegeben hat) stehenden Serben war es, im Zuge von Demonstrationen Unruhe zu stiften und etwaige Kontrahenten so aufzustacheln, dass es zu körperlichen Auseinandersetzungen kommen sollte.

Diese sollten dann das Eingreifen der im Kosovo abkommandierten deutschen Ordnungshüter zur Folge haben, um einen weiteren Verbleib der Sicherheitskräfte auf dem Balkan zu legitimieren. Verwundert über solche Arbeitsmethoden zeigten sich der Verteidigungspolitische Sprecher der „Grünen", Nachtwei, und der Regierungssprecher, Bela Anda, jedoch nicht darüber, dass man ethnische Gruppen gegeneinander aufwiegelt, sondern dass man im Vorfeld der anstehenden Unruhen informiert gewesen sei und der BND keine relevanten Informationen zurückgehalten habe. Die im Kosovo tätigen Sicherheitsbeamten gaben an, nicht über diese Art von friedensstiftenden Tätigkeiten unterrichtet worden zu sein. Bei einer möglichen Eskalation wären mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit deutsche Beamten zu Schaden gekommen. Der Verteidigungsexperte der CDU, Schmidt, forderte rasche und unnachgiebige Aufklärung. Worüber Schmidt uns nicht aufzuklären vermochte, war die Tatsache, dass der Abgeordnete und Demokrat gleichzeitig einen Sitz im Verteidigungsausschuss innehat und somit auch in Sachen Geheimaktivitäten eingeweiht war. Es sind die gleichen Demokraten, die dem Deutschen die heile Welt von Multi-Kulti vorgaukeln, bei vermeintlichen fremdenfeindlichen Anschlägen ihre Betroffenheitsmaske aufsetzen und anständig aufstehen, wenn im eigenen Land Konflikte zwischen Fremden und Einheimischen offen zutage treten. Es sind die gleichen Volksvertreter, die ein Heer von Agenten-Provokateure beschäftigen, Hetzer in Parteien einschleusen und Textschreiber bezahlen, um ihr dreckiges Handwerk zu erledigen. All das nur, um ihr Treiben zu legitimieren. Dass Unschuldige dadurch das Nachsehen haben, dürfte auf der Hand liegen.

Die Auswirkungen des „Hetzers"

PS - Übrigens, das „C" in CDU steht für christlich und wichtigster Leitfaden des Christenmenschen sind die Zehn Gebote. Einer lautet: „Du sollst nicht lügen".

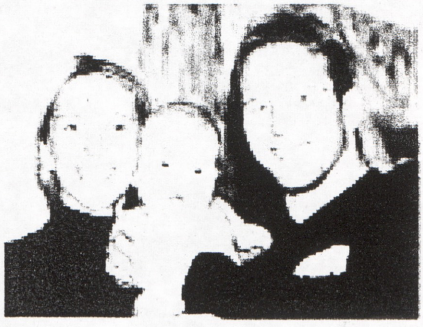
Anmerkung: Unter dem Synonym „Dr. Paranoia" schreibt uns seit einiger Zeit ein anonymer Texter aus dem Hessischen. An dieser Stelle ein Dank an seine Person.

Vaterschaftstests bald illegal?

Wer dieser Tage die Zeitung aufschlägt, kommt an einer juristischen Diskussion nicht vorbei: Der Gesetzesvorschlag der Bundesjustizministerin Zypries (SPD), Vaterschaftstests ohne Einwilligung der Mutter demnächst strafrechtlich zu verfolgen. Hintergrund: Wenn ein Mann glaubt, nicht der Vater eines ihm zugeschriebenen Kindes zu sein, was bei jedem zehnten Kind der Fall ist, konnte er mit wenig Aufwand einen Gentest veranlassen, der ihm darüber Aufschluss gab. Damit konnte er sich u.a. von Alimente-Zahlungen für ein fremdes Kind befreien lassen. Das soll jetzt geändert werden. Vaterschaftstests dürfen nur noch durchgeführt werden, wenn die Mutter des Kindes dem zustimmt. Angeblich möchte man somit die Persönlichkeitsrechte des kleinen Erdenbürgers schützen. Dass damit jedoch auch dem Betrug und der ungesühnten Rumhurerei der Frauen Tür und Tor geöffnet werden, liegt auf der Hand. Einziger Weg, der dem vermeintlichen Vater bleibt, ist der über die gerichtlichen Instanzen. Ob das der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes förderlicher ist, als ein geheimer Gentest, bleibt offen. Absurd bei dieser Angelegenheit ist, dass selbst die Grünen den Gesetzesvorstoß ihres roten Koalitionspartners kritisieren, weil dadurch der Mann erheblich benachteiligt wird.

Auch im Tod noch auserwählt?

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Spiegel, hat mit Empörung auf Äußerungen des Kölner Kardinals Meisner reagiert. Meisner hatte Abtreibung mit den Verbrechen der Nazis verglichen. Meisner hatte demnach am Donnerstag im Kölner Dom unter anderem gesagt: „Es ist bezeichnend: Wo der Mensch sich nicht relativieren und eingrenzen lässt, dort verfehlt er sich immer am Leben: zuerst Herodes, der die Kinder von Bethlehem umbringen lässt, dann unter anderem Hitler und Stalin, die Millionen Menschen vernichten ließen, und heute, in unserer Zeit, werden ungeborene



Familienglück = viele Kinder

Kinder millionenfach umgebracht." Spiegel sagte, mit solchen Sätzen würden Millionen Holocaust-Opfer beleidigt. Der Kardinal solle sich „unverzüglich" von diesem Vergleich distanzieren. Das tat er freilich auch, indem er verlauten ließ, dass er nie und nimmer an der Einzigartigkeit des Holocausts zweifelte und der Vergleich ungeschickt war. Warum sich irgendwelche Holocaust-Opfer beleidigt fühlen sollten, verriet Spiegel allerdings nicht. Scheinbar ist man als „Auserwählter" auch im Tod noch etwas Besseres. Bei all dem versteckten und offen zu tage tretenden Antisemitismus hierzulande stellt sich uns nur eine Frage: Warum packen Spiegel und Konsorten nicht endlich ihre Koffer und verlassen das Land der Täter ein für allemal?

Rätsel

Entsprechend zum aktuellen Thema, der totalen Überfremdung, wollen wir von Euch wissen, wann das Abendland die Türken vor Wien erfolgreich abwehren konnte? Diese Frage (mit bezug auf die genannte Problematik) schickte uns Hans P. aus Neuhaus/a. Rwg. Danke.

Österreichischer Musketier beim Kampf gegen die Türken

Anmerkungen zum Monat (Dezember)

Der Dezember ist der zwölfte und letzte Monat des Jahres im Gregorianischen Kalender. Er hat 31 Tage. Am 21. oder 22. Dezember ist der Tag der Sonnenwende - die Sonne steht genau über dem Wendekreis des Steinbocks am südlichen Breitengrad von 23°26'. Der alte deutsche Name des Dezember ist *Julmond*. Der Name kommt vom Julfest, der altgermanischen Feier der Wintersonnenwende. Im römischen Kalender war der Dezember ursprünglich der zehnte Monat (lat. *decem* = zehn). Im Jahr 153 v. Chr. wurde der Jahresbeginn allerdings um zwei Monate vorverlegt, so dass die Namens- und Zählbeziehung entfiel.

*1. 12. 1729 - Edmund Burke, britischer Staatsphilosoph und Politiker
3. 12. 1591 - In Hamburg schließen sich 101 Bierbrauer zur Feuergilde zusammen.
5.12.1757 - Preußische Truppen besiegen in der Schlacht von Leuthen die fast doppelt so starken Österreicher
*6.12.1849 - August von Mackensen, deutscher General im Ersten Weltkrieg
9.12.1949 - Im ersten Prozess gegen Sowjetbürger in einem kommunistischen Land verurteilt ein jugoslawisches Gericht zehn sowjetische Staatsbürger wegen Kollaboration während des 2. Weltkrieges
*11.12.1843 - Robert Koch, deutscher Bakteriologe und Nobelpreisträger
11.12.1941 - Deutschland und Italien erklären den USA den Krieg.
†12.12.1963 - Theodor Heuss, 1. deutscher Bundespräsident
*14.12.1503 - Nostradamus, französischer Astrologe
14.12.1906 - Das erste deutsche U-Boot tritt im Kieler Hafen seinen Dienst an
16.12.1838 - Die Buren besiegen die Zulu in der Schlacht am Bloodriver
*17.12.1770 - Ludwig van Beethoven, deutscher Komponist
†20.12.1552 - Katharina von Bora, deutsche Reformatorin und Luthers Ehefrau
21.12.1140 – König Konrad III. erobert die Burg Weinsberg nach langer Belagerung. Die Frauen tragen ihre Männer aus der Burg und retten ihnen so das Leben. Die Frauen werden als Treue Weiber von Weinsberg, die Burg als Weibertreu bekannt.
22.12. 1989 - Das Brandenburger Tor in Berlin wird 28 Jahre nach dem Bau der Mauer wieder geöffnet.
24.12.1818 - Franz Xaver Gruber komponiert das Lied Stille Nacht, heilige Nacht.
*27.12.1900 - Hans Stuck, deutsch-österreichischer Auto-Rennfahrer

Die Zünfte – Handwerkerorganisationen als Grundfeste des Arbeiterlebens

Der Aufschwung der Städte im Mittelalter ist mit dem Wirken der Kaufleute eng verknüpft, doch ebenso wichtig für ihre Entwicklung ist der Beitrag der Handwerker. Anfänglich noch ohne genossenschaftliche Bindungen arbeitend, schlossen sie sich schon früh zu religiösen Bruderschaften zusammen. Aus diesen Vereinigungen gingen nun seit Beginn des 12. Jahrhunderts die Zünfte hervor, die nicht nur die materiellen Interessen der Handwerker vertraten, sondern durch ein enges Gemeinschaftsleben auch große soziale Bedeutung hatten. Der Begriff „Zunft", der Regel, Vertrag und Zusammenkunft („ziemen") bedeutet, trat zum erstenmal in Westdeutschland auf. Die städtischen Handwerker im Hochmittelalter wollten sich in dieser Vereinigungsform gegen die ländlichen Handwerker, die von der Stadtregierung weniger scharf kontrolliert wurden, schützen. Außerdem waren sie gegen die feudalistisch bedingte Leibeigenschaft, die auf dem Lande vorherrschte („Stadtluft macht frei"). Sie forderten und setzten schließlich durch, daß alle Bürger, die ein Handwerk ausübten, einer bestimmten Zunft beitreten mußten. Die Zünfte bildeten so ein soziales, ökonomisches und religiöses System zur Regelung von Rohstofflieferungen, Beschäftigungszahlen, Löhnen, Preisen, Absatzmengen bis hin zur Witwenversorgung. Sie bestanden teilweise aus mehreren Berufsgruppen und symbolisierten sich häufig durch Wappen oder Zunftzeichen und Zunftkleidung.

Das Schmiedehandwerk war in jeder Ortschaft zu finden.

Die Zünfte hatten die Pflicht, den Bürgern nur gute Waren für einen gerechten Preis anzubieten und niemals ihre wirtschaftliche Macht zu mißbrauchen, indem sie z.B. die Qualität der Waren verschlechterten oder die Preise erhöhten. Zudem regelte die Zunft die Tätigkeiten ihrer Mitglieder bis ins kleinste. So durfte der Zunftmeister nicht länger als seine Kollegen arbeiten, nicht mehr Lehrlinge als vorgeschrieben beschäftigen, den Gesellen nicht höheren Lohn als vereinbart auszahlen und seine Waren nicht anpreisen. Zum Teil wurde sogar die Höchst-

zahl der an einem Tage oder in einer Woche anzufertigenden Stücke festgeschrieben.

Sogar in das Privatleben ihrer Mitglieder wirkte die Zunft hinein. Bei festlichen Anlässen - waren es nun Taufen, Hochzeiten oder Begräbnisse - waren alle Meister mit ihren Familienangehörigen einzuladen.

Die Zünfte trugen allerdings auch die Kosten, wenn ein Mitglied krank wurde und für seinen Aufenthalt im Spital nicht aufkommen konnte. Finanziert wurde diese Gegenleistung durch einen geringen Obolus, den alle Mitglieder in ihre Zunftkasse zu zahlen hatten. Zudem bildete jede Zunft eine Art Feuer- und Bürgerwehrtruppe, die im Kriegsfalle einen bestimmten Teil der Stadtmauer zu verteidigen hatte.

Starb der Meister eines Geschäftes, durfte die Witwe in einigen Städten, wenn sie einen Sohn und Nachfolger besaß, den Laden bis zu dessen Mündigkeit weiterführen. In anderen Städten waren die Frauen dagegen gezwungen, innerhalb eines Jahres oder zweier Jahre erneut zu heiraten, um nicht die Werkstatt ihres Mannes zu verlieren. Was die Regelung dieser internen Angelegenheiten betraf, besaßen die Zünfte ein gewisses Maß an Autonomie. Die Zunftordnungen selbst jedoch mußten meistens von der städtischen Obrigkeit bestätigt werden.

Sechszackiger Stern - das Braue-reizeichen

Obwohl die Zünfte ehrbare Organisationen waren, die über den Ruf ihrer Mitglieder wachten, gehörte zum Handwerkerleben auch das fröhliche Feiern unter Zunftgenossen. Noch heute spricht man ja von einem „zünftigen" Fest, wenn Freunde ausgelassen zusammen feiern.

Um aber die Integrität ihrer Mitglieder besser gewährleisten zu können, unterlagen Zunftmitglieder einem strengen Ehrenkodex. Bei Verstößen gegen diesen Kodex konnte man der Mitgliedschaft verlustig gehen. Als äußeres Zeichen des Ausschlusses wurde häufig ein zur Zunfttracht gehörender Ohrring aus dem Ohrläppchen gerissen. Das hierdurch entstehende Schlitzohr wurde sprichwörtlich zur Bezeichnung für listige, durchtriebene Menschen. Viele Zünfte besaßen eine eigene Gerichtsbarkeit und verhängten harte Strafen, wenn gegen die Gesetze der Zunft verstoßen wurde. Der Ausschluß aus

einer Zunft kam praktisch einem Berufsverbot gleich, denn die Zünfte nutzten ihre sehr guten Verbindungen zu den Handwerkervereinigungen in den anderen Städten, um die Wiederanstellung eines Ausgestoßenen zu verhindern.

Die Zünfte bestimmten zudem auch die Zahl der Meister, die in einer Stadt arbeiten durften, und schrieben diesen vor, wie viele Lehrlinge erlaubt waren. Diese künstliche Steuerung der Handwerkerzahlen in den verschiedenen Berufen sicherte jedem Meister sein Auskommen. Daß die Ausschaltung existenzgefährdender Konkurrenz nicht zu nachlässiger Qualität der Arbeit führte, stellten ständige Prüfungen sicher. Die Zünfte schrieben aber ihren Mitgliedern häufig auch die Produktionsmethoden vor. Dadurch wehrten sie zwar einerseits Überproduktionen ab, andererseits verhinderten sie aber die Einführung neuer, produktiverer, gelegentlich weniger gesundheitsgefährdender Produktionstechniken. So garantierten sie ihren Mitgliedern ein standesgemäßes, „gerechtes" Einkommen und den Verbrauchern ein stabiles Preis-Leistungs-Verhältnis.

Im Streik

Im späten Mittelalter fingen die Zünfte an, sich gegenüber ihren Handwerkern abzuschließen. Da die Zahl der Meister begrenzt war, mußten fast alle Handwerker mit dem Gesellendasein vorliebnehmen Nur noch ein Teil jener konnte Meister werden. Dabei war das Leben der Gesellen im 15. und 16. Jh. alles andere als leicht. 10 –12 Stunden dauerte ihr Arbeitstag im Winter - und 14- 16 Stunden sogar im Sommer. Der Lohn fiel jedoch so gering aus, daß er zuweilen kaum zum Überleben reichte. Außerdem war den Gesellen, die noch zusätzlich verpflichtet waren, sich auf Wanderschaft zu begeben, um neue Techniken in ihrem Handwerk zu erwerben, verboten, zu heiraten und einen eigenen Hausstand zu gründen. Da es aber genug Handwerksmeister in den Städten gab, und jeder weitere nur die Verdienstmöglichkeiten der schon vorhandenen geschmälert hätte, versuchten die Zünfte, die Aufstiegschancen zum Meister zu erschweren. So hatten die Gesellen, die ihre Meisterprüfung ablegen wollten, folgende Bedingungen zu erfüllen: Sie mußten ein Meisterstück auf eigene Kosten anfertigen, das Bürgeraufnahmegeld bezahlen, sich einen eigenen Harnisch anfertigen lassen, verschiedene Beträge an die Zunft zahlen, für die Zunftkirche Wachskerzen kaufen, einen Hausbesitz oder das nötige Geld dazu vorlegen und ein Mahl von mehreren Gängen für alle Meister der Zunft spenden.

Bei den geringen Löhnen war es für die Gesellen unmöglich, diese Bedingungen zu erfüllen. Allein jedoch waren sie zu schwach, um sich gegen die Vorschriften der Meister zu wehren. Deshalb gründeten sie Bruderschaften bzw. Verbände, die dann schließlich, sämtliche Gesellen und Lehrlinge hinter sich wissend, mit den

Zünften über Lohnerhöhungen, über die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und über die Festsetzung der Bußen bei Vertragsbrüchen verhandelten und bei der Vermittlung von Wohnungen und Arbeitsplätzen halfen. Die geringen Mitgliederbeiträge wurden verwendet, um für kranke Gesellen und Lehrlinge sorgen zu können und in anderen Städten und im Ausland Gesellenherbergen zu errichten, in denen die Mitglieder kostenlos zu essen und zu trinken und eine Schlafstätte zugewiesen bekamen. Falls die Meister und die Zünfte nicht bereit waren, mit den Bruderschaften zu verhandeln, wurde mit Arbeitskampf und Streik gedroht. Die Gesellenverbände waren durch ihre Mobilität ernstzunehmende Gegner, da sie auch überregionale Kampfaktionen starten konnten.

Übergang des Stadtregiments an Augsburg an die Zünfte (1308)

In Augsburg übernahmen die Zünfte das Stadtregiment.

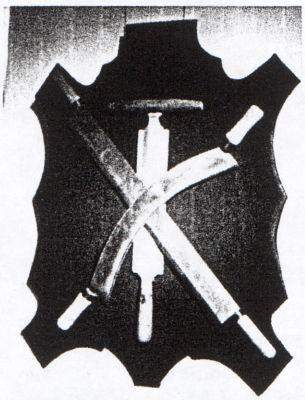
In der zweiten Hälfte des 16. Jhs. waren die Druckergesellen in Lyon z.B. schon so stark organisiert, daß sie selbst ihre Lohnskala festsetzten. Sie weigerten sich für Meister zu arbeiten, die weniger zahlen wollten oder die einen ihrer Mitglieder unrechtmäßig aus der Werkstatt geworfen hatten. Gesellen, die dieser Organisation nicht beitreten wollten, wurden mit Durchtrennen der Kniesehnen bestraft.

Die Zünfte selbst versuchten - politisch gesehen - im 13./14. Jh., ein Mitspracherecht in den städtischen Räten zu erhalten. In Norddeutschland waren im 15. Jh. jedoch trotzdem nur Patrizier in den höheren Stadtämtern zu finden.

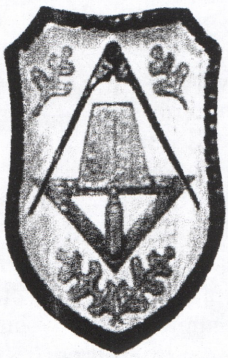
Wie die Krämer einer bestimmten Gilde wohnten auch die Mitglieder einer Handwerkszunft oft in denselben Straßen oder Vierteln, die dann meist den Namen des betreffenden Handwerks trugen. Es gab somit in zahlreichen Städten eine Bäckergasse, eine Fleischergasse, einen Töpferstieg und so fort. Für den Verkauf ihrer Erzeugnisse hatten die städtischen Handwerker oft besondere Ver-

kaufsstätten, etwa die Brotbänke. Diese Bezeichnungen galten auch für die erteilten Handwerkerrechte als solche, indem eine Stadt etwa sechs oder zehn Brotbänke, vier oder sechs Schuhbänke besaß. Einige weitere Einrichtungen wie ein Schlachthaus für die Fleischer, eine oder mehrere Mühlen, eine Stadtwaage, Normalmaße oder anderes mehr mußten gleichfalls vorhanden sein. Außerhalb des Stadtzentrums oder sogar vor der Stadtmauer betrieben die Bäcker und Bader ihr Gewerbe - wenn bei ihnen ein Feuer ausbrach, konnte es nicht so leicht auf andere Häuser übergreifen. Von besonderem Wert für die Stadt war ein Brauhaus, da das Braurecht für die Städte eine gewinnbringende Einrichtung war. Ähnlich verhielt es sich mit dem Stapelrecht für Handelswaren, dem Meilenrecht für das Weichbild (Markpunkt des Einzugsgebietes einer Stadt) sowie mit etwa vorhandenen Durchgangszöllen. Krämer und regelrechte Handelshäuser sorgten für die ordnungsgemäße kaufmännische Abwicklung der Geschäfte. Für die Neuansiedler einer Stadt wurden geringere Freijahre gewährt, als es für die Bauern in den Dörfern des Weichbildes der Fall war.

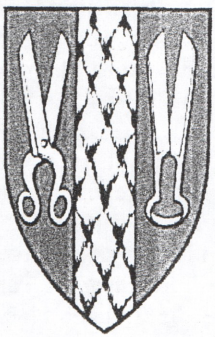
Die meisten Zünfte nahmen nur Männer auf, Frauen und Mädchen blieb der häusliche Bereich vorbehalten, Juden war der Zugang zur Zunft verwehrt. Doch waren in einigen Handwerksberufen, auch Frauen zugelassen. So akzeptierten vier Zünfte (die Garnmacher, die Goldspinner, die Seidenweber und die Seidenmacher) auch Frauen als Zunftmitglieder. In Köln waren die Garnspinnerinnen in einer Zunft organisiert, und in Basel nahm die Zunft der Weber Frauen auf. Das Zunftwesen, behinderte es auch teilweise den Fortschritt und die Wettbewerbsfreiheit, hatte also einige Vorteile.



Wappen der Gerber aus Neustadt-Glewe



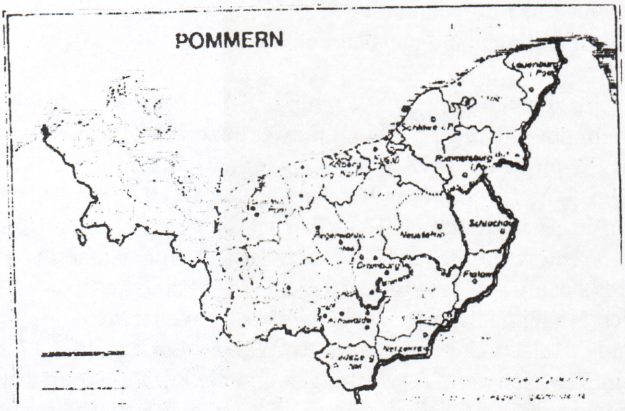
Gipser



Schneider aus Zürich

Pommern - fast vergessenes Ostseeland

Die Geschichte des Landes



In ältester Zeit war Pommern von germanischen Stämmen, vornehmlich den Rugiern und Burgundern bewohnt. Nach ihrem Abzug in der Völkerwanderungszeit stießen im 6. Jahrhundert wendische Völkerschaften, die slawischen Wilzen und Pommeranen in den leeren Raum. Sie wurden vom Norden häufig von den Wikingern und Dänen bedrängt; die Wikinger besaßen bereits um das Jahr 1000 an der Odermündung bei Wollin einen der wichtigsten Handelsplätze dieser Zeit. Von den Polen, die zum Meere drängten, war schon mehrfach der Versuch gemacht worden, den Pommeranen das Christentum zu bringen. Doch diese Bemühungen schlugen alle fehl. Das bewog Herzog Boleslav III. von Polen, den Bischof Otto von Bamberg darum zu bitten, eine Missionsfahrt nach Pommern zu machen, da er selbst nicht hoffen konnte, daß polnische Geistliche dort Erfolg haben könnten.

Die entscheidende Missionsfahrt des Bischofs Otto von Bamberg geschah 1128 unter dem Schutz des deutschen Kaisers.

1140 wurde Wollin zum Bischofssitz gemacht, der später auf Cammin überging.

Um 1170 nahmen die pommerschen Fürsten den Herzogtitel an und erhielten 1181 ihr Land vom deutschen Kaiser zum Lehen.

Damit war Pommern ein Teil des Reiches geworden. Deutsche Bauern und Bürger, hauptsächlich aus der Mark, aus Niedersachsen, Westfalen und dem Rheinland strömten ins Land. Damals wurden u. a. Stralsund (1234), Stettin (1243), Stargard (1235), Kolberg (1235) und Köslin (1266) mit deutschem, meist Lübischem oder Magdeburger Stadtrecht begabt. Viele Städte waren Mitglieder der Hanse: Stettin und Stralsund führten die Hanse mit auf den Höhepunkt ihrer Macht. Sie entwickelten eine tüchtige Kaufmannschaft. Deutsch wurde Verkehrssprache und nach 1400 wurde in Pommern kaum noch slawisch gesprochen. Ein

neuer deutscher Volksstamm war entstanden, die Pommern. 1456 stiftete Herzog Wratislav IX. die Universität Greifswald und gab den Auftrag, ein Geschichtswerk „Pomerania" herauszubringen. Darin heißt es ausdrücklich:

„....ne quis nos addat polonis."
(...auf daß niemand uns den Polen zurechne!)

Nach zeitweiliger Anerkennung der brandenburgischen Lehenshoheit über Pommern und einer Teilung in zwei herzogliche Linien vereinigte Herzog Bogislav X. im Jahre 1478 ganz Pommern wieder in seiner Hand. Er erreichte 1493 beim Kaiser Pommerns Reichsunmittelbarkeit; Brandenburgs Erbfolgerecht aber wurde erneut bestätigt. 1534 führten die pommerschen Herzöge auf dem Landtag zu Treptow die Reformation ein, Johann Bugenhagen wurde mit der Durchführung beauftragt, das Hochstift Lammin säkularisiert.
Der Dreißigjährige Krieg bereitete der Weiterentwicklung Pommerns ein jähes Ende. Kaiserliche Truppen unter Wallenstein kamen ins Land und die Schweden landeten. Schwere Verwüstungen und die Entvölkerung weiter Gebiete waren die Folgen der Kriegsereignisse. Mitten in den Kriegswirren starb das Herzoghaus (das „Greifenhaus") mit Bogislav XIV. aus. Obwohl nach dem Erbvertrag Pommern nun an Brandenburg hätte fallen müssen, erwirkte Schweden 1648 im Frieden zu Osnabrück die Teilung des Landes: Vorpommern mit Stettin und seiner Umgebung wurden schwedisch, nur Hinterpommern kam an Brandenburg. Erst 1720 kam Vorpommern bis zur Peene und nach Beendigung der Freiheitskriege 1815 auch das übrige Vorpommern an Preußen.
Nach dem ersten Weltkrieg wurde Pommern durch die Abtretung Westpreußens zum Grenzland. Es erfuhr eine Vergrößerung durch Einbeziehung des nördlich der Netze gelegenen Gebietes der bisherigen Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen sowie 1938 der beiden neumärkischen Kreise Arnswalde und Friedberg mit Pommern.
Seit 1945 steht Hinterpommern unter „polnischer Verwaltung", Vorpommern wurde als noch zur sowjetischen Besatzungszone gehörig dem Land Mecklenburg angegliedert, um so den Namen „Pommern" auszulöschen.

Bekannte Männer aus Ostpommern

Rauschende Buchenwälder und spiegelnde Seen geben der Landschaft einen anmutigen Reiz. Wortkarg ist der Mensch, schweigsam das Land, doch Gastfreundschaft und Treue sind die Vorzüge des Pommern. Mit einer Fläche etwa von der Größe Nieder- und Oberösterreichs, nicht halb so dicht bevölkert wie einst im

Rudolf Virchow

Durchschnitt das Deutsche Reich, hat das Land doch eine Vielzahl bedeutender Männer und Kulturschöpfer hervorgebracht.

Eine bedeutende Persönlichkeit war z. b. der 1821 in Schivelbein geborene Arzt Rudolf Virchow. Er, der politische Gegner Bismarcks, erwarb sich als Hochschullehrer in Berlin, aber auch bei der Entwicklung der pathologischen Anatomie und als Vorkämpfer der Hygiene unschätzbare Verdienste. Darüber hinaus verdankte ihm seine engere Heimat manch tiefen Einblick in die frühgeschichtliche Besiedlung des Landes, deckte er doch bereits 1870 die Pfahlbauten der alten Wikingersiedlung Julin auf der Insel Wollin auf. Als Arzt ist noch der 1859 in Stettin geborene Carl Ludwig Schleich zu nennen. Neben seiner forscherischen Tätigkeit hatte er sich auch als Schriftsteller einen Namen gemacht.

Ewald von Kleist

Ein anderer Pommer, Heinrich von Stephan, 1831 in Stolp geboren, kann als Schöpfer des modernen Postwesens schlechthin angesehen werden. Bereits mit 39 Jahren stand er an der Spitze der Postverwaltung des Norddeutschen Bundes und gründete 1874 den Weltpostverein. Einen Monat nach seinem Tode im Jahre 1897 tagte in Washington der Weltpostkongreß. Höchste Anerkennung zollte ihm dort der Generalpostmeister der Vereinten Staaten mit den Worten: „Er ist die Seele des Postwesens der Welt."

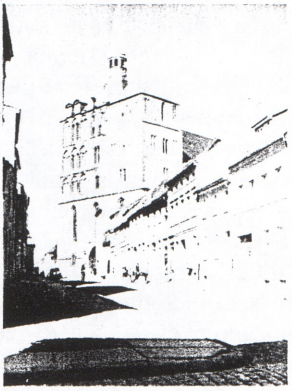
Die pommersche Landschaft hat auch eine Reihe namhafter Dichter, Künstler und Forscher hervorgebracht. Ewald von Kleist, 1715 bei Köslin geboren, war ein Dichter der deutschen Vorklassik. Ihm wurde von Lessing in der Gestalt des Majors Tellheim in seiner „Minna von Barnhelm" ein Denkmal gesetzt. Kleist starb als preußischer Offizier an einer in der Schlacht bei Kunersdorf erlittenen Verwundung. Ein volkstümlicher Held der Freiheitskriege wurde Joachim Nettelbeck, geboren 1738 in Kolberg. Er unterstützte Gneisenau erfolgreich bei der Verteidigung seiner Vaterstadt 1807 gegen die Franzosen.

Heinrich George

Auch Heinrich George, 1893 in Stettin geboren, gehört in die Reihe großer Pommern. Vielen ist er noch heute

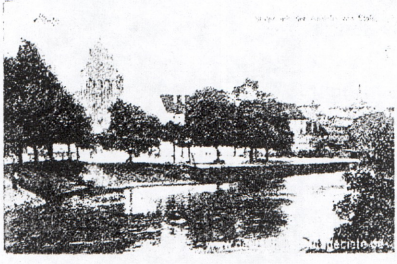
unvergessen als hervorragender Charakterdarsteller auf der Bühne und im Film. Er starb im sowjetischen Konzentrationslager Sachsenhausen im Jahre 1946. Zum Schluß sei noch Anton Dohrn, geboren 1840 in Stettin, erwähnt. Er bereicherte durch seine Erkenntnisse nicht nur die Wissenschaft der Meeresbiologie, sondern war auch Schöpfer der internationalen zoologischen Meeresstation in Neapel.

Landwirtschaft – Industrie – Verkehr



Kolberg

Das an Bodenschätzen arme Pommern ist vornehmlich ein Bauernland. Es gab eine große Anzahl von mittel- und großbäuerlichen Betrieben, daneben bestanden gebietsweise auch Großbetriebe.
Intensive Landschaftsgebiete waren der Norden Ostpommerns, der Weizacker südlich Stargard sowie der größte Teil Vorpommerns. Das Land ist die Heimat des deutschen Kartoffelbaus. Daneben wurde besonders Roggen angebaut, Weizen und Zuckerrüben im Pyritzer Weizacker. Eine Form des Bauerntums, wie sie anderswo in Deutschland selten zu finden war, gab es an der Küste, nämlich die Fischerbauern. Neben der seit altersher betriebenen Küstenfischerei bearbeiteten viele Bauern auch den Boden. Die Küstenfischerei von Dorsch und Lachs ergänzte sich noch durch den Fischreichtum der Haffe, Strand- und Binnenseen.
Vornehmlich in der nächsten Umgebung von Stettin hatte sich eine Eisen verarbeitende Industrie entwickelt. Daneben gab es aber auch noch Betriebe der chemischen und keramischen, der Papier-, Textil- und Fahrzeugindustrie.
Gut entwickelt war eine auf den landwirtschaftlichen Produkten basierende Kleinindustrie. Während die kartoffelverarbeitenden Brennereien mehr östlich der Oder zu finden waren, stand die Zuckerfabrikation in Vorpommern an erster Stelle.
In den waldreichen Gegenden gab es zahlreiche Sägewerke und eine damit verbundene mittlere Möbelindustrie, hauptsächlich in Stolp, Gollnow und Anklam. Einige Tuchfabriken konnte man in Rummelsburg und Bublitz finden. Außerdem gab es noch



Stolp

örtliche Kalkwerke, Ziegeleien und Kreidebrüche.
Beachtlich im pommerschen Wirtschaftsleben war auch der Fremdenverkehr. Unter den vielen Ostseebädern standen Kolberg, Swinemünde, Ahlbeck und Binz auf Rügen an der Spitze. Zahlreiche schmalspurige Kleinbahnen erschlossen schon frühzeitig das Land.

Anmerkungen zum Monat

Alte deutsche Namen für den Januar sind Hartung, Eismonat, Schneemonat und Wintermonat. Die letzte Bezeichnung wurde von Karl dem Großen im 8. Jahrhundert eingeführt. In Osteuropa wurde der Januar früher auch Wolfsmonat genannt, da in dieser Zeit die Wölfe ihre Ranzzeit haben und leichter zu jagen waren.

1.1.1824 - In Preußen werden die ersten öffentlichen Briefkästen aufgestellt.

†1.1.1894 - Heinrich Hertz, deutscher Physiker

3.1.1956 - Das Fernsehen der DDR nimmt seinen regulären Sendebetrieb auf.

*4.1.1643 - Isaac Newton, englischer Physiker, Mathematiker und Astronom

6.1.1866 - Zum ersten Mal findet das "Dreikönigstreffen" der süddeutschen Liberalen statt.

*6.1.1776 - Ferdinand von Schill, preußischer Offizier

†8.1.1642 - Galileo Galilei, italienischer Philosoph, Mathematiker, Physiker und Astronom, bahnbrechende Entdeckungen auf mehreren Gebieten der Physik

†8.1.1324 - Marco Polo, venezianischer Händler, der durch die Berichte über seine China-Reise bekannt wurde

†9.1.1908 - Wilhelm Busch, deutscher Schriftsteller (Max und Moritz)

11.1.1904 - In der ehemaligen deutschen Kolonie Deutsch-Südwest-Afrika erheben sich die Hereros gegen die deutschen Kolonialherren

*12.1.1893 - Hermann Göring, deutscher nationalsozialistischer Politiker

13.1.1782 - Uraufführung von Friedrich Schillers Drama „Die Räuber" in Mannheim

†15.1.1919 - Karl Liebknecht, sozialistischer deutscher Politiker

17.1.1773 - James Cook überquert bei seiner zweiten Reise als erster Mensch den südlichen Polarkreis

18.1.1871 - Proklamation Wilhelm I. von Preußen zum deutschen Kaiser

†19.1.1576 - Hans Sachs, deutscher Schuhmacher, Sänger und Dichter

*21.1.1896 - Paula Hitler, Schwester von Adolf Hitler

21.1.1899 - Der Autobauer Opel (heute bei General Motors) nimmt seine Tätigkeit auf.

23.1.1943 - Das letzte deutsche Flugzeug verläßt das eingekesselte Stalingrad.
*23.1.1840 - Ernst Abbe, deutscher Astronom, Mathematiker, Physiker, Optiker, Unternehmer und Sozialreformer
24.1.1952 - Deutschland. Das Mutterschutzgesetz tritt in Kraft.
*26.1.1950 - Jörg Haider, österreichischer Politiker
†26.1.1878 - Ernst Heinrich Weber, deutscher Physiologe und Anatom
28.1.1871 - Frankreich kapituliert im Deutsch-Französischen Krieg.
*31.1.1890 - Adolf Bach, deutscher Germanist

Auf ins K(r)ampfjahr 2005

Wie verängstigt das marode BRD-System bereits ist, zeigt die Tatsache, daß es bereits vor Achtjährigen Angst hat. Durch ihre Unterrichtsteilnahme werde der „Schulfrieden" gestört! Was einem normalen Bürger nur ein Staunen ins Gesicht schreibt, ist bittere Realität an der Braunschweiger Waldorfschule. Die dortige Schulleitung hatte den achtjährigen Sohn und die elfjährige Tochter des Lehrers Andreas Molau von der Schule verwiesen. Die kleinen Stöpsel sind ein neues Opfer von als ausgestorben geglaubter Sippenhaft. Ihr Vater hatte sich nämlich als wissenschaftlicher Berater der NPD-Landtagsfraktion in Dresden angeboten. Für diesen Schritt konnte man Molau nicht persönlich bestrafen, doch die Kleinen waren in erreichbarer Nähe. Daß diese sich für Politik einen feuchten Kehricht scheren, spielte dabei keine Rolle. Sie hatten weder Hakenkreuzchen ins Klassenbuch gemalt, noch revisionistische Ansichten im Heimat- und Sachkunde verbreitet. Sie sind lediglich Kinder eines „bösen" Pädagogen, der auch noch wissenschaftlich beratend tätig war. Als Lehrer ist so etwas in Zeiten von Pisa sowieso nicht gern gesehen - das hebt nur den Durchschnitt. Doch anders als sonst, widmete das Fernsehmagazin „Panorama" dieser Hetzjagd sogar einen kritischen Beitrag. Wohl mehr aus Angst vor Märtyrern auf der „falschen" Seite, denn immerhin führte das Vorgehen der Schule zu einem telefonischen Sturm der Entrüstung. Die Journalisten dürften erkannt haben, daß solches Handeln kontra-

Mit acht Jahren bereits schuldig ...

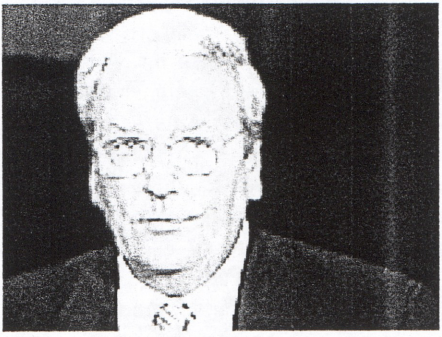
produktiv ist. Auch eine Internet-Abstimmung zog 80 Prozent der „Panorama“ – Zuschauer auf die Seite der kleinen Kinder. Selbst der linksliberale FDP-Politiker Dr. Burkhard Hirsch formulierte einen Protest gegen den Willkürakt. Bedauerlich ist nur, daß sich an den Tatsachen nichts ändern wird: die staatliche Schulaufsicht erklärte sich für nicht zuständig (sie ist sicherlich mehr damit beschäftigt Mehlin und Kemal etwas deutsch beizubringen) und die Waldorf-Schulleitung besaß keinen Charakter und hatte somit nicht das moralische Format, ihren Fehler einzugestehen.

Doch bleiben wir bei „moralisch“ und charakterlos... Michel Friedman, Nutznießer osteuropäischen Nasen- und Menschengutes, bezichtigte eine der vertrautesten Personen der deutschen Nachrichtenlandschaft als „charakterlos“. Claus Seibel, ehemaliger ZDF Nachrichtensprecher, sah nämlich nichts Verwerfliches darin, einen Witz zu reißen, doch der jüdische Michel schon. Es ging einmal mehr darum, daß die Juden ihr Häuslein doch sehr nahe am Geld bauen würden, und „genau dieses Vorurteil ist eines der schlimmsten und ältesten in der Geschichte des Antisemitismus – und deswegen sehr gefährlich.“ Man kann sich den erhobenen Zeigefinger genau vorstellen, „sehr gefährlich“. Dabei zeigt eben genau der Blick in die Geschichte des verstreuten Volkes Israels, daß sie aus sonstigen Berufsverboten eine Notwendigkeit erschufen – den Handel mit Geld.

Charlotte mag...

Doch was war geschehen, warum schaltete sich auch Charlotte Knobloch, Vizepräsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, in einem Wutanfall gegen Seibel ein. Wie schon gesagt, Seibel hatte einen Witz gerissen, doch anders als bei den „Schotten und Geld“ – Witzen vergriff sich der ZDF-Moderator in der Nationalität. Auf einer von ihm geleiteten Benefiz-Gala „Europahilfe für Kinder“ in München hatte der 68jährige einen Scherz über den jüdischen Geschäftssinn gemacht. Sogleich heulte nicht nur das Publikum mit „Buh“ und „Pfui“- Rufen auf, wie zivilcouragiert allen anderen Nationalitäten gegenüber, die schließlich auch als „Opfer“ von Witzen in Frage kommen. Nein, auch der ZDF – Chefredakteur Nikolaus Brender kündigte Seibel die Treue und berichtete der „Münchner Abendzeitung“ gegenüber, „ob Herr Seibel weiter engagiert wird, daß muß noch besprochen werden.“ Um nun auch das ZDF aus der israelischen Schußlinie zu nehmen, legte der Chefredakteur ausdrücklich Wert auf die Tatsache, daß Seibel an diesem Abend nicht im Dienst des Zweiten stand.

Auch Seibels Aussage, diesen Witz hätte er selbst von einem Juden rettete ihn nicht. Dabei sind es gerade die Juden, die über dieses „Talent" des Geldscheffelns am meisten lachen. In Elena Loewenthals Enzyklopädie des jüdischen Witzes („Ein Hering im Paradies", Piper-Verlag, 2002) liest man denn auch: „‚Geldscheffler' ist bekanntlich ein Etikett, das man den Juden gerne anhängt – ein Laster, eine Schwäche, ein Wahn und damit ein Lachanlaß wie jeder andere. Das fast schon sprichwörtliche jüdische Händchen fürs Geld hat ihre Wurzeln in der Vergangenheit... Doch keiner lacht so viel und so gern über die angebliche Geldschneiderei der Juden wie die Juden selbst." Seibel jedenfalls knickte ein, entschuldigte sich und meinte: „Er sei weit davon entfernt, ein Antisemit zu sein." Doch nun wollen natürlich alle wissen, was denn der Seibel Claus überhaupt gesagt hat, tja vielleicht war es ja ein Witz folgender Art?: *Ein Jude wird von einem Auto angefahren. Fragt ihn der herangeeilte Sanitäter: „Wie geht es ihnen?" Darauf antwortet der Jude: „Ich kann nicht klagen, ich verdiene wirklich gut."* Oder vielleicht der?: *Zwei Juden sitzen auf dem Klo. Sagt der eine zum anderen: „Ist das eigentlich intellektuelle Arbeit oder körperliche, die wir hier machen?" Darauf der andere: „Natürlich intellektuelle, wäre es körperliche, würde ich's jemand anderen machen lassen."* Oder ist es der gewesen?: *Zwei Bettler sitzen auf dem Bürgersteig in Irland. Der eine hält ein riesiges Kreuz hoch, der andere einen großen Davidstern. Beide haben Hüte aufgestellt, mit den sie Spenden sammeln. Die vorbeilaufenden Passanten rümpfen die Nase bei dem Bettler mit dem Davidstern, aber sie spenden dem Kreuzträger. Nach einer Weile füllt sich dessen Hut bis zum Rand. Den ganzen Vorfall beobachtete nun der Priester und fragt schließlich den Träger des Davidstern: „Sag mal, merkst Du nicht, daß dies ein christliches Land ist? Du erhältst garantiert keine Spenden, wenn Du hier einen Judenstern hochhältst!" Daraufhin dreht sich der Angesprochene zum Kreuzträger und sagt: „Moishe, jetzt schau einmal, wer uns da Marketing beibringen will."* Nun, wir wissen es nicht, welchen Witz Seibel da erzählte, aber diesen fanden wir auch nicht verkehrt (Zur Beruhigung aller Schlapphüte: Diese Witze entstammen alle dem oben zitierten Buch): *Frumkin und Zeitlin betreiben zusammen ein Schneideratelier in Brooklyn. Während sie gerade im Lift nach unten fahren, um gemeinsam Mittagspause zu machen, fällt Frumkin siedendheiß etwas ein: „Oje,*



...Claus Seibel nicht!

Zeitlin, ich hab vergessen, den Tresor abzuschließen!" „Keine Angst", erwidert Zeitlin tröstend. „Ich bin ja bei dir." Doch Seibel hatte zudem eine Reihe mieser Hessenwitze zum besten gegeben, die dankbar aufgenommen wurden. Wir fordern nun im Namen aller Hessen, daß Seibel aus allen Würden und Ämtern entlassen wird, nach Fulda zu fahren hat und vor dem Dom solange zu knien hat, und nicht nur symbolisch, bis sich das Wasser in seinen Kniescheiben sammelt. Denn schließlich ist der gefährliche Antihessismus genauso alt, wie die Hessen selbst. Außerdem fordern wir 3 Millionen Frankfurter Würstchen als Wiedergutmachung, die an den Zentralrat der Hessen zu schicken sind.

Auch im bayerischen Schweinfurt muß gehandelt werden. Wenn schon der Seibel vor einem riesigen Publikum in München seine Witzchen machen kann, dann muß wenigstens im Fränkischen etwas gegen die schleichende rechte Gefahr getan werden. So hatte nämlich der Schweinfurter Stadtrat und Oberarzt der Universitätsklinik Würzburg, Dr. Roderich Sell, vor Jahren schon in einem Leserbrief an „Die Welt" ausländerkritische Äußerungen gemacht (!), die der politischen Justiz hierzulande als „Volksverhetzung" gelten. Und so etwas darf nicht ungestraft geschehen. Der Brief blieb zwar unveröffentlicht, doch Sell wurde zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten auf Bewährung verurteilt. Doch wir finden, dass ist noch längst nicht genug und fordern, dass man dem mittlerweile 68jährigen Pensionisten das Ruhegehalt für drei Jahre um ein Zehntel kürzen sollte. Ach, das hat die Disziplinarkammer am Verwaltungsgericht Ansbach schon getan?! Sehr gut, dann wollen wir, dass er 12 600 Euro an drei Sozialverbände zahlen muß. Wie, das hat er schon tun müssen? Das wären ja drei Dinge in einem! Ausgezeichnet, wie man hier mit Meinungsfreiheit umgeht. Schließlich war es schon hart genug, dass „nur" einer unseres Volkes verhetzt wurde, nämlich einzig und allein der Chefredakteur Jacques Schuster, der den Sell-Brief geöffnet und gelesen hatte.

Um Volksverhetzung handelt es sich auch im folgenden Fall. Auch hier unterstützen wir das harte und energische Vorgehen gegen alte Leute. Die nehmen uns jungen Deutschen in der Bahn sowieso die Sitzplätze weg: Weil er nämlich einen Neger einen „Neger" genannt hatte und somit vergaß, dass man hierzulande von stark pigmentierten Gebietsfremden oder Afrodeutschen sprechen sollte, wurde ein 73jähriger ungescholtener Mann zu vier Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Der Greis, welcher auch ohne diese Methoden sein Haus kaum verließ, sich dank eines Strafbefehls um 800 Euro erleichtert sah und somit nicht mal Geld für die Straßenbahn hätte, legte Berufung ein und zog vors Düsseldorfer Amtsgericht. Seine Ausflüchte, für ihn sei das Wort „Neger" keine Beleidigung, sondern „die Bezeichnung eines farbigen Menschen australischen oder afrikanischen Ursprungs", ja die, die hätte er sich allerdings sparen können: der Angeklagte habe eine „diskriminierende Grundeinstellung", aus der sich Wiederho-

lungsgefahr und „keine günstige Sozialprognose" ergebe (der Mann ist 73, wohin will er sich bitte noch entwickeln?). Deshalb sei eine Haftstrafe „unerlässlich", urteilte der Richter.

Wo wir nun schon bei alten Menschen und Volksverhetzung sind, sei noch dieser Fall im „K(r)ampf gegen rechts erwähnt. Wiederum hat ein 69jähriger aus Königsbronn sich den Vorwurf des Verdachts der Volksverhetzung eingebrockt. Eingebuchtet hat ihn dann die Mannheimer Staatsanwaltschaft im September 2004. Ihm wird vorgeworfen, jahrelang für den 1995 auch wegen Volksverhetzung zu 14 Monaten Haft verurteilten und dann ins Ausland geflohenen Germar Rudolf Geschäfte und ein Konto geführt zu haben. Rudolfs Konto wiederum, für das der Verhaftete eine Vollmacht besaß, wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Anfang Oktober hat das zuständige Amtsgericht den Haftbefehl gegen eine Kaution von 300000,- Euro außer Vollzug gesetzt. Dem beschuldigten Physiker droht für seine Unterstützung des Geflohenen eine Haftstrafe von bis zu fünf Jahren.

Auch wegen Volksverhetzung und des Vorwurfs, den Holocaust öffentlich geleugnet zu haben, läuft seit einiger Zeit ein Prozeß vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Berlin gegen den

Doch solche Problemfälle tauchen eben öfter auf, zum Beispiel in Sachsen, wo der Vorsitzende der SPD-Fraktion äußerte: „Allein mit Prügeln kommen wir da nicht weiter." Dafür sind die Rechten, und ganz besonders die NPD „auf eine ekelhafte Weise [zu] intelligent". Stimmt Herr Cornelius Weiß. Um sich mit einem 71jährigen Berufsopportunisten, der schon von 1975 bis 1989 stellvertretender Leiter der Problemgruppe Theoretische Chemie in der DDR war (also auf einem Posten arbeitete, auf den nur ein Mitläufer kommt), nicht zu prügeln, dafür besitzen wir neben genügend Ver- außerdem genug Anstand, sie Opfer. Nach dem Fall der Mauer waren Sie dann Demokrat. Ihre Vergangenheit hat zwar einen leicht säuerlichen Beigeschmack, aber gleich und gleich gesellt sich schließlich gern.

Merseburg und Altenburg – Methoden müssen Schule machen !

Am Montag, den 10. 01. 2004 fand in Altenburg eine DGB-Demonstration gegen Hartz IV statt. Um genau zu sein, war das in Altenburg die 22. Demonstration mit abnehmender Besucherzahl. Da wir ungefähr zwanzig Aktivisten waren (mehr braucht man für ein solches Unterfangen anfangs nicht), wurde beschlossen, der Demonstration einen Besuch abzustatten.

Hierzu sollten sich alle, die an solchen Projekten Interesse finden, bereits im Voraus mit genügend patriotischem Informationsmaterial ausstatten. Bei DGB und anderen Arbeiterdemonstrationen nimmt der außenstehende Bürger nämlich nicht jenes oft martialisch wirkende Erscheinungsbild wahr, und ist somit eher bereit sich von der „treuen Arbeiterjugend" Infomaterial geben zu lassen. Als besondere Verteilerpunkte kommen natürlich auftretende Staus und Fußgängerzonen in Frage. So war es in Altenburg zum Beispiel der Fall, daß in einem Stau ungefähr hundert Autos „bedient" werden konnten. An solchen Ballungszentren können die Austräger auch ruhig etwas ausschwärmen. Wer greift schon die „sozialistische Arbeiterjugend" an? In Altenburg traten nun überraschende, aber erfreuliche Vorfälle auf. Passanten weigerten sich, „vom DGB-Pack" Infomaterial entgegen zu nehmen. Hier kann man sich natürlich „enttarnen".

Zum Auftreten und der Kleidung ist nun ganz klar zu sagen: möglichst „normal" sollte das Erscheinungsbild ausfallen, natürlich sind alle harmlosen Parolehemden kein Problem. Doch muß gesagt werden, daß erst das energische Auftreten gegen die Veranstalter dazu führte, daß alle Kameraden mitlaufen durften, will heißen, man darf sich auf keinen Fall, „die Butter vom Brot nehmen lassen". Und auf eventuelle Positionsbeschränkungen wie in Altenburg („Braune laufen hinten.") wird gar nicht reagiert! Wer will einen normalen Bürger denn von einer offenen Demonstration verweisen? Es ist also kaum mit polizeilichen Repressalien zu rechnen, solange man sich „anständig" und „bürgernah" verhält.

Natürlich wird es Probleme geben, was etwaige (themenbezogene) eigene Transparente anbelangt. Diese sind (verständlicherweise) vom Veranstalter nicht gern gesehen. Aber welcher Ordner, und beim DGB sind das zumeist ältere Herren, kann schon überall sein. Also, solange, wie die Polizei sich nicht rührt, kann man ein Transparent beruhigt an der ein oder anderen Frontseite des Demozuges entblättern. Auftretende „beherzte DGB-Kameraden ;)" können mit einfachen Schlagworten beruhigt werden. Die Betonung liegt natürlich auf „Worten". Argumente wie „Wir sind doch gegen die gleiche Sache." Oder „Ich demonstriere gegen die Hartz-Gesetze mit allen Mitteln, und Du?", haben aus Erfahrung gezeigt, daß beim DGB oft „Wegknicker" und Duckmäuser zu finden sind...

Und genau aus diesem Grund entwickelte sich die Altenburger Demonstration fast zu einem Schweigemarsch. Lediglich das beherzte und beabsichtigte Rufen unserer Teilnehmer führte dazu, daß Passanten, Schaulustige und Stubenhocker überhaupt aufmerksam wurden und sich sogar einreihten. Der Großteil jener, die dazustießen, wußte allerdings, daß hier nicht der DGB seine Meinung äußert. Parolen wie „Das Volk sind wir, gegen Hartz IV", „Arbeitsplätze statt Hartz-Gesetze", „Ob Ost, ob West, nieder mit dem Hartz-Gesetz", „BRD heißt das System, dank Hartz IV wird's untergehn" und natürlich die altbewährten Reißer

„Lügen haben kurze Beine, Gerhard Schröder zeig' uns deine" etc., führten dazu, daß am Ende sogar linientreue DGB-Sympathisanten die Rufe anstimmten. Ach, und erwartet nicht, daß diese Gewerkschafter demonstrieren können. In Altenburg zeigte sich, daß 1. das Auto viel zu schnell fuhr, also einige Teilnehmer sogar rennen mußten, 2. alle dichtgedrängt laufen wollten, und sich somit die zu zeigende Größe verlief, 3. Die Demonstranten des DGB tatsächlich an der roten Kreuzungsampel anhielten (worüber sogar die Polizei lächelte) und 4. einige Teilnehmer einfach während der Demo nach Hause gingen. Bevorzugt dann, wenn sie sowieso schon in der Nähe ihrer Wohnung waren.

So, nun etwas Wichtiges noch: Dreistigkeit siegt! Denn dort will Euch natürlich keiner der Veranstalter. In Altenburg führte diese Antipathie soweit, daß der Veranstaltungsleiter festlegte, daß von dieser Demonstration „keine ausländerfeindlichen Parolen" auszugehen haben. Ich weiß nun nicht genau, wie rassistisch der DGB sonst ist, aber auf einer Demonstration *unsererseits* habe ich seit über zehn Jahren keine ausländerfeindlichen Sprüche mehr gehört. Und dann kommen natürlich Beleidigungen zuhauf. „Du Sack", „Ihr Säcke...", „Ihr Schurken..." (ein Wort, welches ich lange nicht gehört habe :)) waren noch die harmlosesten Beschimpfungen. Doch selbst Leute, die „Halt's Maul ..." schrieen, stimmten schlußendlich kräftig in die Parolen gegen Hartz IV ein und konnten nicht umhin zugeben zu müssen, daß auf allen 21 Demonstrationen zuvor, nicht soviel los war.

Und nun zu den Resultaten, zu den lohnenden Zielen solcher frechen Aktionen. Zum ersten erhielt in Merseburg der Freie Widerstand auf einer DGB-Demo Redezeit! Mit den Worten „Wir danken dem Freien Widerstand für seine Teilnahme" wurden die jungen Kameraden am Ende sogar verabschiedet. Redezeit ist also eine der wichtigsten Forderungen, die von Anfang an gestellt werden muß. Am besten mit der Forderung nach einem „Offenen Bürgermikrophon" verbunden. Meinungsfreiheit heißt die Devise! Des weiteren erreicht man von einer Demo aus nur selten so viele Leute, wie von diesen durch zehn Polizeiwagen abgeschirmten. Also verständliche, deutliche aber gemäßigte Flugblätter und Transparente mitnehmen. Dort müssen klare Botschaften unserer Seite zu finden sein. Und versucht Euch an die Spitze des Zuges zu stellen. Am besten sind natürlich zwei Gruppen – eine ganz vorn, die anheizt und eine, die weiter rückwärts den Rest animiert. Also, die Aktionen in Merseburg und Altenburg waren volle Erfolge, erkämpft mit Leidenschaft, Geduld und Einsatzbereitschaft. Nun denn, übernehmen wir die anderen Städtedemonstrationen auch!

Anzeige

Dir sagen die folgenden Begriffe etwas?

Oppeln, Breslau
Riesengebirge
Stonsdorfer

Heilige Hedwig Rübezahl Kroatzbeere

Treue zur Heimat

Dann bist Du hier genau richtig. Wir heißen Dich recht herzlich willkommen!

Schlesische Jugend
Kontakt:
0179 / 2435360

Anzeige

BURSCHENSCHAFT NORMANNIA ZU JENA

EHRE – FREIHEIT – VATERLAND

Burschenschaft Normannia Jena
Schleidenstraße 2, 07745 Jena
Telefon: 03641/634377
e-post:
Normannia-Jena1999@lycos.de
www.normannia-netz.de

JETZT GEHT'S LOOOS-
AUF, ZUR BLÜHENDEN
WIRTSCHAFT!
SPD
AUFSCHWUNG
Hartz IV